Künftige bauliche Sündenfälle verhindern

Veränderungssperre für Bierdener Ortskern

ACHIM ■ Für das Gebiet zwischen den Straßen Bierdener Marsch, Heinrich-Fahrenholz-Straße, Am Kiebitzberg und Auf der Wurth hat die Stadt Achim eine Veränderungssperre erlassen. Bei einer Stimmenthaltung von Wolfgang Heckel (WGA) stimmte der Ratsausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr geschlossen für diese Maßnahme, um den dörflichen Charakter des Bierdener Ortskerns mit seinen prägenden Gebäuden, Wiesen und Weiden weitgehend erhalten zu können.

Ein baulicher Sündenfall, der sich in den vergangenen Monaten ereignet hat, kann damit allerdings nicht mehr rückgängig gemacht werden. Offenbar hatte die Stadtverwaltung es versäumt, unerwünschtem „Wildwuchs“ in dem dörflichen Erscheinungsbild rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben.

Nach Angaben aus dem Rathaus wurde auf dem Grundstück Heinrich-Fahrenholz-Straße 1 in jüngster Zeit ein landwirtschaftlich anmutendes Gebäude abgerissen und ein Bauantrag für ein zweigeschossiges Wohnhaus gestellt. „Das geplante Gebäude entspricht mit einer Traufhöhe von über sechs Metern und einer Dachneigung von 25 Grad in seiner Gestaltung nicht den umgebenden dörflichen Gebäudestruktu-

ren“, stellt die Verwaltung in der Mitteilungsvorlage für den Fachausschuss fest.

Was Petra Geisler auf die Palme brachte. „Wir hätten die Veränderungssperre doch schon in der Sitzung am 24. September beschließen können, dann hätte der große Neubau verhindert werden können“, kritisierte die Sozialdemokratin am Dienstag. Als die Frage damals im Raum stand, habe die Verwaltung beruhigt, nein, das sei jetzt noch nicht nötig.

Martin Balkausky, Leiter des Fachbereichs für Wirtschaft und Stadtentwicklung, räumte nun ein, daneben gelegen zu haben. „Das haben wir wohl falsch eingeschätzt.“

Der Bierdener Ortskern wird durch typische, langgezogene Gebäudeformen mit eher steilen, symmetrisch geneigten Dächern und niedrigen Traufhöhen geprägt. Teilweise weisen die Gebäude noch Fachwerkstrukturen auf.

Durch die Veränderungssperre, ein Sicherungsinstrument der Bauleitplanung, besteht laut Verwaltung für den Geltungsbereich ein generelles Veränderungsverbot, insbesondere für eine bauliche Nutzung. Bauanträge und Anträge auf Bauvorbescheid, die der zugrunde liegenden Planung zuwider laufen, werden damit zwangsläufig zurückgewiesen. ■ mm